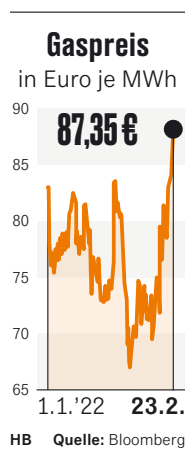


Der nächste Preisschock

Die Eskalation in der Ukraine treibt die Energiepreise weiter nach oben. Die Industrie fürchtet höhere Kosten und eine Unterbrechung der Gasversorgung.

Russlands Drohkulisse steht: Der Gaspreis für Europa könnte sich verdoppeln, warnte Dmitri Medwedew, Ex-Präsident und Putin-Vertrauter, nachdem Deutschland die Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 gestoppt hatte. Und die Drohung könnte die deutsche Wirtschaft ins Mark treffen. Schließlich hatten sich die Energiepreise nach der Rekordjagd im vergangenen Jahr gerade etwas entspannt – bevor die Notierungen nach der Eskalation in der Ukraine wieder nach oben schossen. Der Gaspreis kletterte seither im Spothandel um zwanzig Prozent auf 87 Euro je Megawattstunde (MWh). Der Strompreis stieg am Terminmarkt um sieben Prozent auf knapp 150 Euro je MWh. „Die Entwicklung in der Ukraine macht den Unternehmen große Sorgen – auch mit Blick auf die Energiepreise“, berichtet Wolfgang



ten Auswirkungen nicht so drastisch, sagte Birnbaum der Wochenzeitung „Die Zeit“ mit Verweis auf das Ende der Heizperiode: „Aber im nächsten Winter könnte die Energiewirtschaft wahrscheinlich eine Reihe von Industriekunden nicht mehr ohne Weiteres versorgen.“

Wie vorzugehen ist, wenn nicht genügend Gas im Markt sein sollte, hat die Branche im Leitfaden „Krisenvorsorge Gas“ festgelegt. In einer „übergeordneten nationalen Gasmangellage“ greifen stufenweise Abschaltungen. Zuerst würde es Unternehmen treffen, in deren Verträge solche Maßnahmen schon vertraglich vorgesehen sind. Diese Kunden lassen sich diese Unterbrechung der Lieferung aber auch entschädigen. Reicht das nicht, sind Gaskraftwerke an der Reihe, die nicht zwingend nötig sind für die Stabilität des Stromnetzes. Danach könnte es aber auch systemrelevante Kraftwerke treffen – und schließlich sogar „geschützte Letztverbraucher“ – also private Haushalte.

Wie Unternehmer Ulrich Bettermann hoffen viele Unternehmen auf zusätzliche Importe von verflüssigtem Erdgas (LNG), damit die Abhängigkeit von Russland verringert wird. Die EU-Mitgliedstaaten arbeiten auch mit Hochdruck daran, zusätzliches LNG zu besorgen. Laut dem Marktforschungsunternehmen Icis bezog Europa im Januar noch knapp die Hälfte seiner Gasimporte via Pipeline, aber auch schon zu 32 Prozent in Form von LNG.

Allerdings muss dafür noch mehr bezahlt werden als für russisches Pipeline-Gas. Im Vergleich zu Erdgas aus Sibirien ist LNG allein von den Produktions- und Transportkosten mehr als doppelt so teuer. „Es gibt unterschiedliche Markteinschätzungen, wie viel Russland-Gas durch LNG ersetzt werden könnte“, sagt Experte Huneke: „Klar ist dann aber auch, dass es Erdgaspreise von unter zehn Euro die MWh wie 2020 mit LNG auf jeden Fall nicht mehr gibt.“

► Strom: Firmen gehen auf Nummer sicher

Viele Energieverbraucher aus der Wirtschaft stehen derzeit vor einer schwierigen Frage: Sollen sie noch warten, ob sich die Energiepreise wieder einigermaßen auf dem alten Niveau einpendeln – oder mit Blick auf die Ukraine Krise lieber die aktuellen Preise sichern? Die sind schließlich weit von den alten Notierungen entfernt, aber auch deutlich unter den Rekordwerten aus dem vergangenen Jahr. Der Kontrakt für Stromlieferungen im folgenden Jahr liegt mit aktuell knapp 150 Euro zwar fast dreimal so hoch wie noch zum Jahresbeginn 2021, aber auch deutlich unter den 324,60 Euro, die am 22. Dezember bezahlt werden mussten.

Genau dieses Kalkül treibt aktuell einen Mittelständler aus Nordrhein-Westfalen um, der anonym bleiben will. Der Maschinenbauer, der knapp zwei Mil-

liarden Euro umsetzt, hatte sich im vergangenen Jahr verzockt und vergeblich auf eine Trendwende am Strommarkt gehofft. Statt bislang 50 Euro wären in neuen Verträgen mehr als 200 Euro je MWh fällig. Jetzt agiert der Mittelständler kurzfristig, schloss in der vergangenen Woche nur einen Vertrag für das zweite Quartal ab – in der Hoffnung auf sinkende Preise. Aber das war vor der Eskalation in der Ukraine: Jetzt überlegt das Unternehmen, sich doch längerfristig einzudecken.

„Eine Panik gibt es im Großhandel noch nicht – aber mit einem deutlichen Anstieg der Energiepreise rechnet jeder“, sagt Berater Hahn: „Dabei gab es die Hoffnung auf eine Entspannung an der Preisfront.“ Er rät den Unternehmen noch immer, beim Einkauf von Strom und Gas strukturiert vorzugehen, also in Tranchen einzukaufen. Sie sollten sich aber derzeit lieber stärker absichern als zu wenig. „Die Unternehmen sollten lieber auf Nummer sicher gehen“, sagt Hahn. Und die Firmen reagieren nach seiner Erfahrung auch schon: „Viele, die eigentlich noch abwarten wollten, sichern sich jetzt Tranchen.“

liarden Euro umsetzt, hatte sich im vergangenen Jahr verzockt und vergeblich auf eine Trendwende am Strommarkt gehofft. Statt bislang 50 Euro wären in neuen Verträgen mehr als 200 Euro je MWh fällig. Jetzt agiert der Mittelständler kurzfristig, schloss in der vergangenen Woche nur einen Vertrag für das zweite Quartal ab – in der Hoffnung auf sinkende Preise. Aber das war vor der Eskalation in der Ukraine: Jetzt überlegt das Unternehmen, sich doch längerfristig einzudecken.

„Eine Panik gibt es im Großhandel noch nicht – aber mit einem deutlichen Anstieg der Energiepreise rechnet jeder“, sagt Berater Hahn: „Dabei gab es die Hoffnung auf eine Entspannung an der Preisfront.“ Er rät den Unternehmen noch immer, beim Einkauf von Strom und Gas strukturiert vorzugehen, also in Tranchen einzukaufen. Sie sollten sich aber derzeit lieber stärker absichern als zu wenig. „Die Unternehmen sollten lieber auf Nummer sicher gehen“, sagt Hahn. Und die Firmen reagieren nach seiner Erfahrung auch schon: „Viele, die eigentlich noch abwarten wollten, sichern sich jetzt Tranchen.“

► Öl: Ukraine Krise und hohe Nachfrage

An den Ölmärkten bleibt die Lage angespannt: Nachdem der Preis für europäisches Brentöl am Mittwochmorgen kurz nachgab, stieg er bis zum Nachmittag wieder auf rund 98,30 Dollar pro Barrel (rund 159 Liter) und lag damit 1,8 Prozent höher als am Dienstag. Die Gefahr einer Ölpreiskrise sei nicht gebannt, sagte Carsen Fritsch, Rohstoffexperte der Commerzbank: „Die Unsicherheit bleibt hoch.“

Fritsch sieht die Gefahr, dass Russland als Reaktion auf die Sanktionen Lieferungen von Öl- und Gas reduziert. Russland ist aktuell nach den USA und Saudi-Arabien der drittgrößte Ölproduzent. An den Rohstoffterminmärkten zahlen Händler nach wie vor ungewöhnlich hohe Aufschläge für Öl zur sofortigen Lieferung. Das gilt als Zeichen, dass der Markt unterversorgt ist. Die Ukraine Krise ist dabei nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die wirtschaftliche Erholung nach der Coronakrise dürfte die Ölnachfrage auf ein neues Rekordniveau heben, wie beispielsweise die Analysten der UBS erwarten.

► Kettenreaktion auf anderen Märkten

Die Verwerfungen an den Energiemärkten strahlen aber auch auf andere Märkte aus. Wenn die Ukraine Krise die Strom-, Gas- und Ölpreise nach oben treibt, spüren das vor allem Unternehmen, die bei der Produktion einen hohen Energieverbrauch haben. Dazu zählen etwa Stahlhersteller, Aluminiumproduzenten, Papier- oder Zementindustrie.

32

Prozent des Gases bezog Europa im Januar in Form von verflüssigtem Erdgas (LNG).
Quelle: Icis

Der Markt für Düngemittel beispielsweise reagierte direkt auf die Ausweitung des Ukraine Konflikts und die absehbare Verteuerung von Gas. Dort zogen die Spotmarktpreise am Mittwoch bereits an. Bei der Herstellung der Vorprodukte wie Ammoniak wird Gas als Rohstoff und zugleich als Energielieferant gebraucht. Zahlreiche Hersteller hatten bereits im Herbst wegen der hohen Gaspreise die Produktion gedrosselt, weil sich diese nicht mehr rechnete. Die Folge: Landwirte hatten wiederum nicht genügend Dünger für die aktuelle Bewirtschaftung ihrer Felder und mussten die teuer einkaufen. Der Preis für Dünger ist aktuell mehr als dreimal so hoch wie noch 2019.

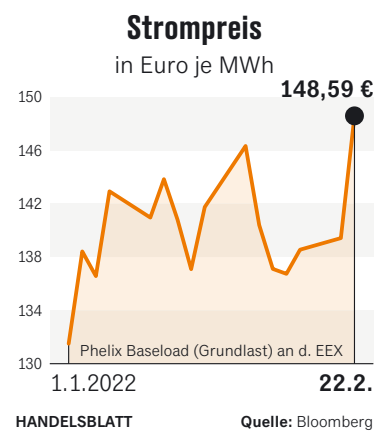
Dazu trägt bei: Russland hat die Ausfuhr von Produkten für Stickstoffdünger im vergangenen Jahr deutlich beschränkt, um die Versorgung der eigenen Landwirtschaft zu sichern. Das Land ist der größte Exporteur von Ammoniumnitrat weltweit. Die Sorge vor anhaltend teuren und nur eingeschränkt verfügbaren Düngemitteln treibt wiederum die Preise für Getreide an den Weltmärkten. Auch das war am Mittwoch bereits zu beobachten.

► Inflation: Wirtschaftsforscher uneins

Die Energiekosten waren schon in den vergangenen Monaten ein Haupttreiber der Inflation. Und die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine haben weitere Preissteigerungen ausgelöst. Unter Wirtschaftswissenschaftlern ist aber umstritten, ob das langfristig so weitergeht. „Sollte der Konflikt nicht weiter eskalieren, gäbe es kaum Einfluss auf die Inflation“, sagte Ifo-Präsident Clemens Fuest. Ein Krieg hingegen würde große Unsicherheit schaffen und sei ein klarer Preistreiber.

Die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm hält hingegen schon die aktuelle Zuspitzung für einen Inflationsfaktor. „Nicht zuletzt durch den sich zuspitzenden Konflikt dürfte es für längere Zeit zu höheren Energiepreisen kommen“, sagte sie. Aufgrund langfristiger Verträge werde es zwar einige Zeit dauern, bis die gestiegenen Großhandelspreise an die Unternehmen und die Verbraucher weitergegeben werden und deren Kosten erhöhen.

Dabei bestand die Hoffnung auf eine Normalisierung zur Jahresmitte. Globale Materialengpässe hatten die Inflation in den vergangenen Monaten getrieben, im Januar lag die Rate in Deutschland bei 4,9 Prozent. In den vergangenen Wochen haben sich die Anzeichen vermehrt, dass die Lieferengpässe zurückgehen und die Inflationsrate sich wieder normalisieren könnte. Diese Hoffnung schwindet durch die Ukraine Krise laut Grimm nun. J. Flauger, K. Witsch, J. Blume, J. Olk, A. Müller, B. Fröndhoff, C. Krapp, K. Stratmann



Ukraine Krise im Handelsblatt

Sanktionen Wie die Strafmaßnahmen sich auf Russland, die EU und Deutschland auswirken. ► 6, 7

USA und Frankreich Joe Biden und Emmanuel Macron werden in der Heimat scharf für ihre Russland-Politik kritisiert. ► 10, 11

Nord Stream 2 Wie sich der Stopp auf die Geschäfte von Uniper auswirkt. ► 18

Tech-Hub Ukraine Wie die in dem Land ansässigen IT-Firmen mit der Krise umgehen. ► 20

HHLA Der Hamburger Terminalbetreiber könnte zum Verlierer der Krise werden. ► 20

Forum Muss Deutschland unabhängiger von russischem Gas werden? Die Meinung der Handelsblatt.com-Leser. ► 42, 43

Ulrich Bettermann Der Familienunternehmer über die Bedeutung von Sanktionen für seine Firma, die in Russland produziert. ► 44